

1

2 **Für die Stärkung der Rechte von Auszubildenden und BerufsschülerInnen**

3

4 Die Jusos Bremen fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die ge-  
5 gesellschaftliche Teilhabe von Auszubildenden zu stärken:

6 Die Bildungsbehörde wird aufgefordert, Informationsmaterial an alle berufsbildenden  
7 Schulen im Land zu versenden, mit dem Ziel Auszubildende stärker über Ihre Rechte als  
8 SchülerInnen zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, von ihren Mitbestim-  
9 mungsrechten als SchülerInnen Gebrauch zu machen. Sowohl was die Partizipation in den  
10 Berufsschulen betrifft, als auch die Möglichkeiten zur Wahrnehmung demokratischer Mit-  
11 bestimmungsmöglichkeiten in den Ausbildungsbetrieben. Denn die gesellschaftliche Zu-  
12 kunft ist von der Partizipation Ihrer BürgerInnen abhängig und dort spielen Berufsschulen,  
13 als Bindeglied zwischen den allgemeinbildenden Schulen und dem Berufsleben eine be-  
14 sondere Rolle.

15

16 Des Weiteren soll die Befreiung vom Unterricht, zwecks Mitarbeit in SVen, GSV oder ver-  
17 gleichbaren Gremien vereinfacht werden, um den Auszubildenden Möglichkeiten zur poli-  
18 tischen Teilhabe und Mitbestimmung zu eröffnen, die bisher aufgrund mangelnder Mög-  
19 lichkeiten zur Freistellung vom Unterricht nicht gegeben waren.

20

21 Nicht zu vernachlässigen ist ebenfalls, dass BerufsschülerInnen ein Kontingent an Tagen  
22 zur Verfügung gestellt wird, um sich ehrenamtlich zu engagieren und einen Teil zum ge-  
23 gesellschaftlichen Leben beizutragen.